

The logo for ver.di, consisting of the text "ver.di" in white lowercase letters on a red square background.

ver.di

Tagesprotokoll

Montag 18.09.23

Nachmittag

6. Bundeskongress
Estrel Berlin
17.–22. September 2023

verstanden wurde, wie er gemeint war. Dann finde ich das sehr enttäuschend.

Die eigentliche Initiatorin dieses Antrags, Sabine Bartz, Personalratsvorsitzende der Sparkasse in Dortmund, der mitgliedstärksten Sparkasse in NRW, hat deswegen nach und nach alle ihre Ämter zurückgegeben: aus Enttäuschung. Wertschätzung, liebe Kolleginnen, ist keine Einbahnstraße, und ich wünsche mir vom zukünftigen Bundesvorstand einen anderen Umgang mit solchen Dingen. (Beifall)

Thomas Koczelnik, Kongressleitung

Vielen Dank, Birgit. - Es hat jetzt das Wort Werner Siebler mit der Delegiertennummer 401, und es bereitet sich bitte Manfred Geneschen vor.

Werner Siebler, 401

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, dass im mündlichen Geschäftsbericht nicht zu allen Themen Stellung genommen werden kann, ist mir und euch allen klar. Was mich aber richtig geärgert hat, war eine Aussage im schriftlichen Geschäftsbericht in der Rubrik Beamt*innen. Da setzt man sich auseinander mit den neuen Entwicklungen, um Radikale aus dem Öffentlichen Dienst zu kriegen, und in dem Bericht wird dann auch wörtlich geschrieben, dass zum Gesetzentwurf von Bundesinnenministerin Faeser zur Änderung des Disziplinarrechts eine DGB-Stellungnahme abgegeben wurde, die sehr kritisch ist. Da wird dann sogar zitiert: „Darin wurde das Ziel, (Rechts-) Extremist*innen möglichst schnell aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen begrüßt, die Umsetzung dieses Ziels im Detail allerdings sehr kritisch bewertet.“

Doch schaut man sich diesen Gesetzentwurf genauer an - und das gilt übrigens auch für die ganzen Gesetze auf Länderebene zu diesem Thema -, dann wird man nichts finden gegen Faschisten und Rassisten, die es ja in der Tat viel zu viele gibt. Gesprochen wird im Gesetzentwurf von Extremisten, die schneller aus dem Öffentlichen Dienst entfernt werden sollen, und wer Extremist ist, das bestimmen das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzämter der Länder.

Aber war da nicht etwas? War nicht sogar der langjährige Chef dieses Bundesamts, Maaßen, dadurch aufgefallen, dass er seine schützende Hand über die Nazis hielt? Inzwischen wird deshalb sogar vom Staatsanwalt gegen ihn ermittelt. Waren es nicht die Verfassungsschutzämter, die ihre schützende Hand über den NSU hielten, damit er in Ruhe morden konnte? Die Liste der Skandale hat vor wenigen Wochen der Journalist der *Süddeutschen Zeitung*, Ronen Steinke, in seinem Buch über die Macht der Geheimdienste „Verfassungsschutz - Wie der Geheimdienst Politik macht“ zusammengefasst.

Doch weiß unser Bundesvorstand davon nichts? Das glaube ich schon deshalb nicht, weil letztes Jahr im Mai in der ver.di-Bundeszentrale eine Veranstaltung zum 50. Jahrestag des Radikalenerlasses stattfand, bei der unsere Kollegin Andrea Kocsis eine großartige Rede gehalten hat. Vielen Dank im Namen aller Betroffenen dafür! Andrea kam in ihrer Rede aber nicht zu dem Schluss, dass es in den 70er- und 80er-Jahren viel zu lang gedauert hat, bis wir herausgeflogen sind, und in der Tat: Bei mir und anderen Postlerinnen und Postlern war die Verfahrensdauer zwischen vier und acht Jahren. Und auch bei den Gesprächen letztes Jahr mit dem Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, und dem Bundesinnenministerium im Mai letzten Jahres, bei dem ich selbst

teilgenommen hatte, wollte man uns noch so schnell wie möglich rehabilitieren.

Thomas Koczelnik, Kongressleitung

Werner, kommst du zum Schluss?

Werner Siebler, 401

Ja. - Aber die Zeiten ändern sich zurzeit schnell, sowohl bei der Bundesregierung und offensichtlich leider auch im Bundesvorstand. Dabei ist es doch gar nicht so lange her, dass bei unseren Streikaktionen unsere Aktiven als Extremisten bezeichnet wurden.

Einen Satz noch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nächstes Jahr im Mai begehen wir den 75. Jahrestag der Gründung des Grundgesetzes. Nutzen wir das, um für mehr Demokratie zu kämpfen, und nutzen wir das gegen solche Gesetze! Ich hoffe nicht, dass diejenigen betroffen sind, die jetzt in der Gewerkschaftsjugend aktiv sind, so wie wir betroffen waren, als wir in den 70er- und 80er-Jahren aktiv wurden. Bleiben wir wachsam und schützen wir uns!

Thomas Koczelnik, Kongressleitung

Werner, vielen Dank.

Werner Siebler, 401

Wir brauchen mehr Demokratie und mehr demokratische Rechte. - Danke. (Beifall)

Thomas Koczelnik, Kongressleitung

Es hat jetzt der Kollege Manfred Geneschen mit der Delegiertennummer 110 das Wort, und es bereitet sich bitte Sonja Detmer vor. - Manfred, bitte.

Manfred Geneschen, 110

Mein Thema ist hier die Sozialpolitik. Wir fordern seit vielen Jahren schon eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung. (Vereinzelter Beifall) Das werden wir jetzt in der Antragsberatung wieder einmal bekräftigen, indem wir das hier noch einmal formulieren. Aber es reicht nicht, alle vier Jahre diesen einen Satz zu formulieren, sondern da müssen wir etwas mehr Aktivitäten entwickeln. Aber wenn wir Aktivitäten entwickeln, dann gehört dazu, das auch einmal etwas zu konkretisieren, weil die Welt schon ein Stück komplizierter ist.

Wenn ich hier Rechtsanwälte, Zahnärzte, alle Spitzenverdiener in die gesetzliche Rentenversicherung überführen will, und ich habe eine Beitragsbemessungsgrenze, wie wir sie heute haben, dann funktionieren die Dinge alle nicht. Wir haben auch viele verbeamtete Mitglieder, die wollen wir nicht abschrecken, sondern die wollen wir überzeugen, dass der Weg richtig ist. Das heißt, wir müssten parallel dazu für die Beamten die besonderen Anforderungen, die es dann für die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gibt, dann auch hier diskutieren. Der Rest muss dann über eine betriebliche Altersversorgung aufgefangen werden.

Und all die Diskussionen, die vermisse ich. Von daher möchte ich jetzt noch einmal auffordern, dass wir die Dinge auch alle diskutieren und die Dinge zusammentragen, mal ein fertiges, schlüssiges Konzept erstellen und mit diesem Konzept auch mal in die Öffentlichkeit gehen und das Thema offensiv nach vorne bringen. Ansonsten warten wir noch bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag mit unseren Forderungen. Daher einfach die Aufforderung, mehr zu tun, die Dinge zu diskutieren und